

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 3. Januar 2022

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzliche Neuregelungen: Das ändert sich im Januar 2022 1
2. Schadensersatzrecht: BGH zum Ersatz der Reparaturkosten trotz Gutachten auf Totalschadensbasis 1
3. Sozialrecht: Nach SG Berlin gibt es während Corona-Pandemie kein Krankengeld für Selbstständige ohne Einkommen 2
4. Gesetzliche Unfallversicherung: Weg vom Bett ins Homeoffice ist nach BSG gesetzlich unfallversichert 2
5. Ordnungswidrigkeitenrecht: VerfGH Rheinland-Pfalz zum Anspruch auf Wartungsunterlagen eines Geschwindigkeitsmessgeräts 2
6. Sozialrecht: Dreijährige haben nach Nds. OVG Anspruch auf sechs Stunden Kindergarten täglich 3
7. Verfassungsrecht: BVerfG verpflichtet Gesetzgeber, Vorkehrungen für Triage zu treffen 3
8. Corona-Verordnung: Nds. OVG setzt 2G-Regelung im Einzelhandel vorläufig außer Vollzug 3
9. Verwaltungsrecht: Reisende müssen nach VG Berlin Kosten der Corona-Rückholaktion tragen 4
10. Corona-Verordnung: Saarl. OVG setzt 2G-Regelung bei Woolworth vorläufig außer Vollzug 4

Gesetzliche Neuregelungen: Das ändert sich im Januar 2022

Im Januar 2022 treten zahlreiche gesetzliche Änderungen in Kraft. Unter anderem steigt der Mindestlohn, wird die Pfandpflicht ausgeweitet, wird es leichter, alte Elektrogeräte zu entsorgen, und gibt es Neuregelungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Die Bundesregierung gibt auf ihrer Homepage einen Überblick über die wichtigsten Neuregelungen. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Schadensersatzrecht: BGH zum Ersatz der Reparaturkosten trotz Gutachten auf Totalschadensbasis

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 16.11.2021 (Az.: VI ZR 100/20) entschieden, dass, wenn es dem Geschädigten gelingt zu beweisen, dass sein Fahrzeug nach einem Unfall fachgerecht und innerhalb der Grenze von 130 % des Wiederbeschaffungswerts repariert wurde, er die hierfür erforderlichen Kosten ersetzt verlangen kann, und zwar auch dann, wenn das Gutachten einen Schaden oberhalb von 130 % des Wiederbeschaffungswerts angegeben hatte.

Diese Frage war bisher nur für tatsächlich entstandene Reparaturkosten bis zu 100 % entschieden worden. ...

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Sozialrecht: Nach SG Berlin gibt es während Corona-Pandemie kein Krankengeld für Selbstständige ohne Einkommen

Mit Urteil vom 01.12.2021 (Az.: S 56 KR 1969/20) hat das Sozialgericht Berlin entschieden, dass, sofern hauptberuflich Selbstständige vor Eintritt einer Arbeitsunfähigkeit keine positiven Einkünfte hatten, sie bei Arbeitsunfähigkeit auch keinen Anspruch auf Krankengeld haben. Dies gilt auch dann, wenn der Grund für den Einkommensausfall ein Auftragsrückgang aufgrund der Corona-Pandemie war. Der Bezug staatlicher Corona-Beihilfen ändert hieran nur dann etwas, wenn dadurch nach Abzug aller Betriebsausgaben ein Gewinn verbleibt. ...

Quelle: Sozialgericht Berlin

[mehr](#)

[nach oben](#)

Gesetzliche Unfallversicherung: Weg vom Bett ins Homeoffice ist nach BSG gesetzlich unfallversichert

Das Bundessozialgericht hat mit Urteil vom 08.12.2021 (Az.: B 2 U 4/21 R) entschieden, dass ein Beschäftigter, der auf dem morgendlichen erstmaligen Weg vom Bett ins Homeoffice stürzt, durch die gesetzliche Unfallversicherung geschützt ist. ...

Quelle: Bundessozialgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Ordnungswidrigkeitenrecht: VerfGH Rheinland-Pfalz zum Anspruch auf Wartungsunterlagen eines Geschwindigkeitsmessgeräts

Mit Beschluss vom 13.12.2021 (Az.: VGH B 46/21) hat der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz entschieden, dass, wer geblitzt und wegen eines Geschwindigkeitsverstoßes verurteilt wird, angesichts seines

Rechts auf ein faires Verfahren Anspruch auf Einsicht in die Wartungsunterlagen des Messgerätes haben kann. ...

Quelle: Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz

[mehr](#)

[nach oben](#)

Sozialrecht: Dreijährige haben nach Nds. OVG Anspruch auf sechs Stunden Kindergarten täglich

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht hat mit Beschluss vom 15.12.2021 (Az.: 10 ME 170/21) entschieden, dass Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, bis zum Schuleintritt Anspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung von montags bis freitags im Umfang von jeweils 6 Stunden haben. Gestützt wurde dies darauf, dass nur so der Zweck erreicht werden könne, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung zu erleichtern. ...

Quelle: Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verfassungsrecht: BVerfG verpflichtet Gesetzgeber, Vorkehrungen für Triage zu treffen

Mit Beschluss vom 16.12.2021 (Az.: 1 BvR 1541/20) hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass der Gesetzgeber Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG verletzt hat, weil er es unterlassen hat, Vorkehrungen zu treffen, damit niemand wegen einer Behinderung bei der Zuteilung überlebenswichtiger, nicht für alle zur Verfügung stehenden intensivmedizinischer Behandlungsressourcen benachteiligt wird, und den Gesetzgeber verpflichtet, Vorkehrungen zum Schutz behinderter Menschen für den Fall einer pandemiebedingt auftretenden Triage zu treffen.. ...

Quelle: Bundesverfassungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Corona-Verordnung: Nds. OVG setzt 2G-Regelung im Einzelhandel vorläufig außer Vollzug

Mit Beschluss vom 16.12.2021 (Az.: 13 MN 477/21) hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht die in der Niedersächsischen Corona-Verordnung vom 13.12.2021 enthaltene sog. 2G-Regelung im Einzelhandel vorläufig außer Vollzug gesetzt. Begründet wurde die Entscheidung mit Bedenken an der

Notwendigkeit der Infektionsschutzmaßnahme und Bedenken an der Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Gleichheitssatz. ...

Quelle: Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: Reisende müssen nach VG Berlin Kosten der Corona-Rückholaktion tragen

Das Verwaltungsgericht Berlin hat mit Urteilen vom 17.12.2021 (Az.: VG 34 K 33.21 und VG 34 K 313.21) in mehreren Klageverfahren entschieden, dass die von der weltweiten Rückholaktion des Auswärtigen Amtes Betroffenen an den Kosten grundsätzlich beteiligt werden dürfen, hat wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache aber jeweils die Berufung zugelassen. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Berlin

[mehr](#)

[nach oben](#)

Corona-Verordnung: Saarl. OVG setzt 2G-Regelung bei Woolworth vorläufig außer Vollzug

Das Oberverwaltungsgericht des Saarlandes hat mit Beschluss vom 27.12.2021 (Az.: 2 B 282/21) einem Eilantrag der Fa. Woolworth auf vorläufige Außervollzugsetzung einer Bestimmung der aktuellen saarländischen Corona-Verordnung wegen einer voraussichtlichen Verletzung des allgemeinen Gleichheitssatzes und ausschließlich bezogen auf die Antragstellerin stattgegeben. Die angegriffene Bestimmung sieht (zusammengefasst) vor, dass die sog. 2G-Regelung nur für solche Mischsortimenter nicht gelten soll, in deren Warenangebot Grundbedarfsartikel wesentlich überwiegen. ...

Quelle: Oberverwaltungsgericht des Saarlandes

[mehr](#)

[nach oben](#)
